



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

07/2021

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren

Geringe Klagequote bei Folgeanträgen von wehrdienstfähigen Syrern	4
Bündelung der Anfragenstellung an das Auswärtige Amt in der Informationsvermittlungsstelle	6
Kooperationen des BAMF im Ausland	6
70 Jahre UNHCR und GFK	8

Aus der Rechtsprechung

VGH München / Afghanistan: Situation von Rückkehrern insbesondere auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie	10
---	----

Blick zum Nachbarn

Litauen / Möglicher EASO-Einsatz	10
----------------------------------	----

Was sonst? Literatur

Neuerwerbungen der Bibliothek	11
-------------------------------	----

Impressum

12



Geringe Klagequote bei Folgeanträgen von wehrdienstfähigen Syrern

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) stellte mit Urteil vom 19. November 2020 (Rs. C-238/19)¹ klar, dass in vielen Fällen die Verweigerung des Militärdienstes gewiss Ausdruck politischer/religiöser Überzeugungen sei oder ihren Grund in der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe habe. Somit spreche eine starke Vermutung dafür, dass die Bedingungen für die Anerkennung als Flüchtling nach EU-Recht erfüllt seien.

Dieses in der Fachliteratur² analysierte und in der Presse sowie in Onlineauftritten unter anderem von Pro Asyl³ und dem Niedersächsischen Flüchtlingsrat⁴ aufgegriffene Urteil wirft mit Blick auf diejenigen, denen auf ihre Asylersuchen hin der subsidiäre Schutzstatus zuerkannt worden ist, auch die (Rechts-) Frage auf, ob die Ausführungen und Feststellungen des EuGH generell geeignet sind, einen Folgeantrag zu begründen und somit den Asylantrag mit dem Ziel höherwertigen Schutzstatus zu erlangen⁵ einer erneuten materiellen Überprüfung zugänglich zu machen. In der Annahme, die europäische Asylrechtsprechung verursache eine Sach- oder Rechtslagenänderung gemäß § 51 Abs. 1 Nr. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) und ermögliche hierdurch eine Neuüberprüfung des Schutzbegehrens, stieg die Zahl derer, die sich für einen Folgeantrag entschieden. Nach Urteilsverkündung stellten ca. 16.000 Syrer Asylfolgeanträge mit dem Ziel als Flüchtlinge anerkannt zu werden.

Als Hauptargument für die Einschätzung, dass auch das Asylfolgegesuch inhaltlich zu prüfen sei, wird angeführt, dass die bisherige Entscheidungspraxis des Bundesamtes, keine Flüchtlingszuerkennung auszusprechen, im Lichte der Entscheidung vom 19. November 2020 unionsrechtswidrig sei und der Gerichtshof zuvor in der sogenannten Röske-Entscheidung (Rs. C-924/19 u.a.)⁶ ausdrücklich festgestellt habe, dass ein Asylfolgeantrag bei Feststellung der Unionsrechtswidrigkeit nicht als unzulässig abgelehnt werden dürfe und der Schutzsuchende einen Anspruch auf Wie-

deraufgreifen des Verfahrens habe. Dies gebiete die unionsrechtskonforme Auslegung der Folgeantragsregelung des § 71 AsylG in Verbindung mit § 51 VwVfG im Lichte von Art. 33 Abs. 2 Buchst. d RL 2013/32/EU („Asylverfahrensrichtlinie“).⁷

Das Bundesamt stellte frühzeitig nach entsprechender Prüfung seine Argumentations- und Entscheidungslinie bei öffentlichen Presseanfragen und in einem Fachbeitrag im Entscheiderbrief dar.

So führten Naundorf/Lange im „Entscheiderbrief 12/2020“ ausführlich aus: Das Urteil begründe eine Sachlagenänderung schon deshalb nicht, weil sich die bereits im Asylverfahren beurteilte Kriegssituation nicht entscheidungserheblich verändert habe.⁸ Eine Rechtslagenänderung scheide in Übereinstimmung mit der bundesverwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung aus, weil die Auslegungsentscheidung des Gerichtshofes keine konstitutive Änderung des materiellen Rechts bewirke, sondern rein deklaratorischer Natur sei.⁹

Schließlich scheide auch eine unionsrechtskonforme Auslegung der §§ 71 Abs. 1 AsylG in Verbindung mit 51 Abs. 1 VwVfG nach den Grundsätzen der sogenannten Röske-Entscheidung aus, da die Auslegungsentscheidung des Gerichtshofes vom 19. November 2020 lediglich eine Vermutungsregel aufstelle und Vorgaben zur richtlinienkonformen Anwendung der deutschen Umsetzungsnorm des § 3a Abs. 2 Nr. 5 AsylG mache. Folglich berühre sie die Umsetzungsnorm nicht in ihrem Bestand und führe auch nicht zu deren Unionsrechtswidrigkeit beziehungsweise vollständigen Unanwendbarkeit. Insofern sei auch „die praktische Wirksamkeit des in Art. 18 der Grundrechtecharta verankerten und des in der Anerkennungs- und Asylverfahrensrichtlinie konkretisierten Rechts auf Anerkennung als Person mit Anspruch auf internationalen Schutz“ nicht beeinträchtigt. Dem Schutzsuchenden würde weder der effektive Zugang zu einem Asylverfahren verwehrt, noch ihm eine zwingende Schutzberechtigung vorenthalten.¹⁰

Festigung der bundesamtsbestätigenden Rechtsprechung und Rückgang der Klagequote

Auch die Entscheidungen des Bundesamtes griffen diese Herangehensweise auf, was zu Klagen vor den Verwaltungsgerichten führte. Mittlerweile sind bis Ende Juni 3.767 Verfahren anhängig gemacht worden¹¹,

1 Urteilsbesprechungen u.a. EuGH: Voraussetzungen für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft mit Anm. Huber, NVwZ 2021, 319 f.

2 Vgl. Hruschka, Asylfolgeantrag wegen neuer EuGH-Entscheidung in: Asylmagazin 5/2021, S. 148

3 Vgl. Pro Asyl, Hinweise zu Folgeanträgen, abrufbar unter: <https://www.proasyl.de/hintergrund/hinweise-zu-folgeantraegen-von-syrischen-kriegsdienstverweigerern/>, abgerufen am: 06.07.2021.

4 Vgl. Niedersächsischer Flüchtlingsrat, Was tun bei Ablehnung des Folgeantrags von syrischen Kriegsdienstverweigerern als „unbeachtlich“?, abrufbar unter: <https://www.nds-fluerat.org/48616/aktuelles/was-tun-bei-ablehnung-des-folgeantrags-von-kriegsdienstverweigerern-als-unbeachtlich/>; abgerufen am 06.07.2021.

5 Vgl. Podolski, Vorm Wehrdienst kann man flüchten; in LTO vom 19.11.2020; abrufbar unter: <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/eugh-urteil-c-23819-wehrpflicht-fluechtlinge-voraussetzungen-asyl-ovg-deutsche-rechtsprechung/>; abgerufen am: 06.07.2021

6 Siehe EuGH, Urt. v. 14.05.2020 – Rs. C-924/19 u. C-925/19 „Röske“.

7 Vgl. etwa Niedersächsischer Flüchtlingsrat, Was tun bei Ablehnung des Folgeantrags von syrischen Kriegsdienstverweigerern als „unbeachtlich“?, abrufbar unter: <https://www.nds-fluerat.org/48616/aktuelles/was-tun-bei-ablehnung-des-folgeantrags-von-kriegsdienstverweigerern-als-unbeachtlich/>; abgerufen am 06.07.2021.

8 Vgl. Naundorf/Lange, EuGH: Syrien, Auswirkungen des Urteils zum Wehrdienstentzug auf die Entscheidungen des Bundesamtes, in: Entscheiderbrief 12/2020, S. 4.

9 Siehe BVerwG, Beschluss vom 12.11.2020 – 2 B 1.20, juris Rn. 8

10 Vgl. Naundorf/Lange, EuGH: Syrien, Auswirkungen des Urteils zum Wehrdienstentzug auf die Entscheidungen des Bundesamtes, in: Entscheiderbrief 12/2020, S. 4.

11 Dies entspricht einer Gesamtklagequote von aktuell 25%.

wovon bereits 260 entschieden wurden¹², in der Regel zu Gunsten des Bundesamtes. In zahlreichen Fällen wurde die Klage auch zurückgenommen. Nunmehr ist seit März 2021 nicht nur die Folgeantragsquote rückläufig; dies dürfte mutmaßlich mit der Folgeantragsfrist von drei Monaten ab Kenntniserlangung des Grundes für das Wiederaufgreifen erklärbar sein.¹³ Im Juni und Juli 2021 ist auch die Klagequote von im Mai 2021 circa 33 Prozent auf circa 18 Prozent signifikant gesunken.

Neben der mittlerweile gefestigten Verwaltungsrechtssprechung dürfte dies aber vor allem auf dem berufsgerichtlichen Grundsatzurteil des Oberverwaltungsgericht (OVG) Nordrhein-Westfalen¹⁴ beruhen, mit dem die Rechtsauffassung und Entscheidungspraxis des Bundesamtes vollumfänglich bestätigt wurde.¹⁵

Frühzeitige Reaktion und Positionierung des Bundesamtes

Die frühzeitige und klare Positionierung des Bundesamtes in seinen Bescheiden, Schriftsätzen sowie bei Presseanfragen und im Entscheiderbrief könnte hilfreich für die schnelle gerichtliche Klärung der Rechtsfrage gewesen sein.

Insofern ist erkennbar, dass die Argumentation des Bundesamtes ausdrücklich in der Stellungnahme des Niedersächsischen Flüchtlingsrats¹⁶ und in den ersten verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen umfänglich aufgegriffen wurde.¹⁷ Schließlich hat sich auch das OVG Nordrhein-Westfalen der Argumentation des Bundesamtes in seinem Grundsatzurteil vom 12. April 2021 angeschlossen und sich ausführlich mit der klägerseitig vorgetragenen Hauptargumentation einer gebotenen unionsrechtskonformen Auslegung nach den Grundsätzen der sogenannten Röske-Entscheidung auseinandergesetzt. Dabei hat das Gericht einen Pauschalanspruch auf ein Folgeantragsverfahren bei neuen Asylentscheidungen des Gerichtshofes ausdrücklich zurückgewiesen.¹⁸

12 Einzige Ausnahme wohl VG Schleswig, GB vom 01.06.2021 – 13 A 471/21, das auf die Umstände des Einzelfalls abstellt.

13 Im Nachgang zu dem Urteil wurden im März 2021 1.003 Folgeanträge gestellt (zuvor im Dez. 20 2.759; Jan. 4.737 und im Feb. 4.686). Zum Vergleich: im gesamten Zeitraum Januar bis November 2020 waren es nur 1.285 Folgeanträge.

14 Siehe OVG Nordrhein-Westfalen, Urt. v. 12.04.2021 – 14 A 818/19.A; gegen dieses Urteil ist eine Revision anhängig (BVerwG 1 C 13.21). Hier geht es aber vorgreiflich um die Frage, ob es unionsrechtlich statthaft ist, im nationalen Recht für das Geltendmachen von Folgeantragsgründen eine Ausschlussfrist (§ 51 Abs. 3 VwVfG) vorzuschreiben.

15 Siehe OVG Nordrhein-Westfalen, Urt. v. 12.04.2021 – 14 A 818/19.A, - juris Rn. 68; dazu die Besprechung von Pokahr, Folgeanträge von syrischen Wehrdienstverweigerern: keine Änderung der Sach- und Rechtslage durch EuGH-Entscheidung, in: Entscheiderbrief 04/2021 S. 8.

16 Vgl. Niedersächsischer Flüchtlingsrat, Was tun bei Ablehnung des Folgeantrags von syrischen Kriegsdienstverweigerern als „unbeachtlich“, abrufbar unter: <https://www.nds-fluerat.org/48616/aktuelles/was-tun-bei-ablehnung-des-folgeantrags-von-kriegsdienstverweigerern-als-unbeachtlich/>; abgerufen am 06.07.2021.

17 Siehe VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 22.12.2020 – VGH 4 S 4001/20, - juris Rn. 14; VG Berlin, Urt. v. 10.03.2021 – VG 23 K 314.19A; VG Stuttgart, Urt. v. 25.02.2021 – A 4 K 5487/19.

18 OVG Nordrhein-Westfalen, Urt. v. 12.04.2021 – 14 A 818/19.A, - juris Rn. 65ff.

In diesem Sinne führt das OVG aus, dass der Gerichtshof die sogenannte Röske-Entscheidung nur auf den Fall beschränkt habe, dass „das Urteil die Unvereinbarkeit einer nationalen Regelung mit Unionsrecht festgestellt hat, die auch für die dem Folgeantrag zugrundeliegende Erstentscheidung entscheidungserheblich war. Das Urteil vom 19. November 2020 habe lediglich zur Auslegung des Art. 9 Abs. 2 Buchst. e RL 2011/95/EU („Anerkennungsrichtlinie“) ausgeführt und nicht die Unionsrechtsrechtswidrigkeit einer hier entscheidungserheblichen Norm festgestellt.“¹⁹

Folge ist, dass sich im Nachgang zu dieser Grundsatzentscheidung bis heute zahlreiche Verwaltungsgerichte ausdrücklich der Entscheidung und der Argumentation des OVG Nordrhein-Westfalen anschließen und die bundesamtsbestätigende Rechtsprechung weiter verfestigen.²⁰

Schlussfolgerungen

Nach alledem zeigt sich, dass sich bei der Frage der „Zulässigkeit von Folgeanträgen wehrdienstfähiger Syrer“ anlässlich des EuGH-Urteils vom 19. November 2020²¹ bereits ein halbes Jahr nach Verkündung eine verfestigte Rechtsprechung gebildet hat und somit vorläufige Rechtsklarheit eingetreten ist. Es ist zu erwarten, dass die Klagequote weiter sinken wird.

Grundlage dafür war sicherlich auch die frühzeitige, klare und öffentliche Positionierung und dezidierte Prozessführung des Bundesamtes.

Frank Engel, 61D

Bündelung der Anfragenstellung an das Auswärtige Amt in der Informationsvermittlungsstelle

Vor der Entscheidung über einen Asylantrag ist das Bundesamt gemäß § 24 Abs. 1 AsylG (Asylgesetz) verpflichtet, den konkreten Sachverhalt vollumfänglich aufzuklären, damit der Antrag Entscheidungsreife erlangen kann. Hierbei sind unter anderem die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts²¹ einzuhalten, wonach stets das mildeste Mittel zur Informationsgewinnung zu wählen ist. In Einzelfällen, in denen die erforderlichen Informationen nicht auf andere Weise

19 OVG Nordrhein-Westfalen, Urt. v. 12.04.2021 – 14 A 818/19.A, - juris Rn. 68; vgl. dazu Pokahr, Folgeanträge von syrischen Wehrdienstverweigerern: keine Änderung der Sach- und Rechtslage durch EuGH-Entscheidung, in: Entscheiderbrief 04/2021 S. 8.

20 Siehe u. a. VG Aachen, Urt. v. 14.05.2021 – 5 K 3542/18.A, - juris; VG Bremen, Urt. v. 27.05.2021 – 5 K 622/21, - juris; VG Regensburg, GB v. 18.05.2021 – RN 11 K 21.30505, - juris; VG Schleswig, Urt. v. 08.06.2021 – 13 A 239/21, - juris; VG Trier, Urt. v. 04.05.2021 – 1 K 31457/20.TR, - juris; VG Wiesbaden, Urt. v. 30.04.2021 – 6 K 470/19.WI.A, - juris.

21 Siehe BVerfG, Beschluss der 1. Kammer des Zweiten Senats vom 26. Januar 2005, 2 BvR 1899/04

recherchiert werden können, erfordert dies auch die Einholung von Informationen im Herkunftsland durch Anfragen zur Sachverhaltsaufklärung an das Auswärtige Amt (AA).

Insbesondere in diesem Zusammenhang ist dem Bundesamt ein sensibler Umgang mit personenbezogenen Informationen von Asylsuchenden besonders wichtig. Der Anspruch ist hier sehr hoch, nicht nur bei der Anfragenstellung an das AA. Vom Bundesamt wurden seit Jahresbeginn 2020 rund 1.000 Anfragen an das AA zur Beantwortung weitergeleitet.

Von diesen Anfragen führten nur wenige Einzelfälle zu Komplikationen. Das Bundesamt ist jedoch der Auffassung, dass auch jeder dieser Einzelfälle, ein Fall zu viel ist. Es wurden daher die bisherigen Verfahrensabläufe überprüft und umgehend umfangreiche organisatorische Maßnahmen zur Prozessverbesserung eingeleitet und umgesetzt. Die getroffenen Maßnahmen fanden in enger fachlicher Abstimmung mit dem AA statt.

Das Verfahren wird nun zentral in der Informationsvermittlungsstelle (IVS) im Referat 62E „Informationsvermittlung / Länder- und Rechtsdokumentation“ gebündelt, um eine einheitliche Vorgehensweise und Qualitätssicherung zu gewährleisten. Die beteiligten Mitarbeitenden wurden nochmals sensibilisiert und zusätzliche Kontrollmechanismen im operativen Bereich und im Fachreferat implementiert. Schon im operativen Bereich erfolgt eine sogenannte „Erforderlichkeitsprüfung“. Referatsleitung, deren Stellvertretung oder die Teamleitung Asyl legen außerdem bereits hier ein Augenmerk auf Datensparsamkeit und geben vor, wo im Herkunftsland angefragt werden darf. Erst nach Freigabe durch den höheren Dienst / Teamleitung Asyl erfolgt die Weiterleitung an die IVS. Durch dieses Verfahren wird sichergestellt, dass die Anfrage fachlich unbedingt erforderlich ist.

Sobald die Anfrage in der IVS ankommt, findet weiterhin eine sogenannte „Vorprüfung“ statt, das heißt es wird überprüft, ob die Anfrage nicht doch mit den Mitteln des Bundesamtes beantwortet werden kann. In den meisten Fällen wird diese Prüfung von den Analysereferaten unseres Informationszentrums Asyl und Migration (IZAM) vorgenommen. Nach diesem Schritt wird die Anfrage durch einen erfahrenen Sachbearbeitenden auf sensible Daten überprüft, von der Referatsleitung 62E freigegeben und dem AA übermittelt.

Somit ist sichergestellt, dass eine Sachverhaltsaufklärung im Herkunftsland tatsächlich nur erfolgt, wenn kein milderes Mittel zur Beschaffung von für die Asylentscheidung unverzichtbaren Informationen zur Verfügung steht und eine Gefährdung der Asylsuchenden oder weiterer Personen durch Offenbarung ausgeschlossen werden kann.

Ergänzt werden diese organisatorischen Maßnahmen durch eine Überarbeitung sowie Präzisierung der internen Vorgaben wie den Dienstanweisungen, dem Leitfaden Anfragenstellung an das AA und der AA-Vordrucke. Eine nochmalige Erweiterung spezifischer Schulungen für unsere Asyl-Entscheiderinnen und -Entscheider befindet sich in der Vorbereitung.

Ergänzend zu diesen Maßnahmen werden alle kritischen AA-Anfragen der Vergangenheit einer nochmaligen internen Qualitätsprüfung unterzogen.

Nicola Schöberl, 62E

Kooperationen des BAMF im Ausland

Insbesondere die Migrationslage in den Jahren 2015 und 2016 hat deutlich gemacht, wie wichtig eine Vernetzung von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) untereinander sowie mit Herkunfts- und Transitländern ist. Prioritäres Ziel der deutschen Asyl- und Migrationspolitik ist daher die Verabschiedung und Weiterentwicklung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Als deutsches Kompetenzzentrum für Asyl, Migration und Integration engagiert sich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) besonders im Bereich der Stärkung der externen Dimension des GEAS. Ziele sind, Fluchtursachen gemeinsam mit den Herkunftsländern zu verringern, in den Transitländern einer Weiterwanderung entgegenzuwirken und die Aufnahmeländer bei der Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen zu unterstützen. Mit der gebündelten Expertise aus den verschiedenen Fachbereichen der Abteilungen des BAMF werden hierzu gemeinsam bestmögliche Strategien und Projekte erarbeitet und umgesetzt.

Federführend ist hierbei die Abteilung 9 mit ihrem Zuständigkeitsbereich für Internationales. Dazu werden die Repräsentanz des BAMF in internationalen Netzwerken und Kooperationen mit Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, Drittstaaten sowie internationalen Organisationen weiter ausgebaut und gepflegt, um Informationen und die bestmöglichen Methoden und Modelle auszutauschen und gemeinsame Lösungsansätze zu bestehenden Herausforderungen im Migrations- und Integrationsbereich zu finden. Mit Blick auf die bilaterale Zusammenarbeit in Ländern mit besonders hohen Unterstützungsbedarfen wurde eine Koordinierungsstelle zur Unterstützung der Mittelmeerrainerstaaten eingerichtet. Zudem baut das BAMF sein Verbindungsbeamtenwesen weiter aus, um Informationen vor Ort direkt gewinnen zu können und darauf aufbauend konkret Unterstützung durch Projekte sowie Transfer von Expertise zu leisten. Auch die vorausschauende Migrationsanalyse ist Teil dieser

externen Dimension. Daher wurde die in der Abteilung 9 verortete Projektgruppe „Vorausschauende Migrationsanalyse“ zur Entwicklung eines Instruments eingerichtet, welches potentielle Migration zukünftig besser erkennen soll, um mit Unterstützungsmaßnahmen möglichst frühzeitig bereits präventiv wirken zu können.

Um einen Einblick in die Facetten der Unterstützungsleistungen im Bereich der externen Dimension zu erhalten, werden im Folgenden Beispiele zu den Aktivitäten des BAMF aufgezeigt. Die Darstellung erfolgt entlang von Hauptrouten, über die Migration nach Europa aktuell stattfindet.

Spanien - Westliche Mittelmeerroute

Im Jahr 2020 war Spanien als erstes Zielland der westlichen Mittelmeerroute mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. 41.861 Menschen erreichten das Land vor allem über den Seeweg. Neben den seit 2015 im Fokus stehenden Migrationswegen im östlichen und zentralen Mittelmeer gewann daher eine weitere Route an Relevanz. Als die Zugangszahlen im Oktober und November 2020 vor allem auf den Kanarischen Inseln massiv anstiegen, sah sich das spanische Aufnahmesystem einer großen Herausforderung gegenübergestellt. Das BAMF als zuständige Behörde für den Migrationsbereich steht daher in enger Kommunikation mit den spanischen Behörden, um mögliche Unterstützungsbedarfe und -angebote zu eruieren. Das BAMF verfolgt das übergreifende Ziel, dass Maßnahmen sich nicht mit den Angeboten anderer Staaten oder Netzwerke überschneiden. Eine erste kurzfristig wirksame Maßnahme stellt daher die Bereitstellung von BAMF-Personal und Expertise für Spanien im Rahmen eines Unterstützungsplans des European Asylum Support Office (EASO) dar.

Seit der Unterzeichnung des EASO-Operation-Plans Spanien 2021 befinden sich EASO und Spanien in dem Stadium der Bedarfsanalyse hinsichtlich des Aufbaus eines neuen Systems zur Aufnahme, Unterbringung und der Verlegung von Asylsuchenden. Das BAMF hat in diesem Rahmen Experten und Expertinnen für die Bereiche besonders schutzbedürftiger Personen, EU-Fonds und Resettlement gemeldet. Auch die Kooperation mit den Bundesländern wird seitens des BAMF angestrebt, um die Expertise der Bundesländer für die operative Unterstützung in den Bereichen der Unterbringung, der medizinischen Versorgung und der Sozialarbeit in Spanien zukünftig für EASO gewinnen zu können. Im März 2021 beteiligten sich das Bundesland Baden-Württemberg und das BAMF am EASO Workshop: „Overview of Reception Pathways in Europe/Proposals for a new Reception Model in Spain“. Dort stellten verschiedene Mitgliedsstaaten der EU ihre Aufnahmeverfahren und -strukturen den spanischen Behörden vor.

Griechenland - Östliche Mittelmeerroute

Griechenland ist das Haupteinreiseland in die EU auf der östlichen Mittelmeerroute und damit besonderen Herausforderungen unterworfen. Deutschland war und ist auch weiterhin zur Unterstützung Griechenlands bereit und hat bereits in der Vergangenheit etliche Unterstützungsmaßnahmen bereitgestellt. Im Dezember 2019 unterbreitete das BAMF ein erstes umfassendes Angebot mit mehreren administrativen, logistischen und inhaltlichen Unterstützungsmaßnahmen, um Asylverfahren zu erleichtern und die gesamte Asyl-Infrastruktur zu entlasten. 55 LKW-Ladungen mit Hilfsgütern wie Doppelstockbetten und warmen Decken wurden damals noch im selben Monat geliefert. Im August 2020 wurden über 15.000 OP-Masken zur Verwendung auf den griechischen Inseln gespendet.

Zur Unterstützung im Asylverfahren entsandte Deutschland darüber hinaus allein im Jahr 2019 82 Mitarbeitende über EASO. Weiterhin wurde Griechenland Unterstützung im Bereich der Integration mit den Schwerpunkten Sprachkurse und soziale Integration angeboten sowie umfassende Informationen zum Thema freiwillige Rückkehr und European Return and Reintegration Network (ERRIN) zur Verfügung gestellt. Im Bereich der humanitären Aufnahme erfüllte Deutschland auch seine Verpflichtung zur Aufnahme von 204 unbegleiteten Minderjährigen und 244 schwerkranken Kindern und deren Kernfamilien (insgesamt 1.024 Personen) im Dezember 2020 beziehungsweise Februar 2021. Nach dem Brand im Lager Moria auf Lesbos im Oktober 2020 sagte Deutschland zu, weitere 1.553 Personen mit internationalem Schutzstatus aufzunehmen. Insgesamt wurden in den Jahren 2020/2021 2.771 Personen aus Griechenland aufgenommen (Stand: 28. April.2021).

Auch im Bereich der internationalen Projektarbeit wurde in Griechenland eine erfolgreiche Initiative etabliert, die auf den Erfahrungen des langjährig etablierten und erfolgreichen Programms „Integration durch Sport“ aufbaut: Das Projekt „Together in Sport“. Durch das Projekt soll der Zusammenhalt der Menschen in Gemeinden, die junge Asylsuchende aufgenommen haben, gestärkt werden, indem es dort in Schulen und Vereinen ein breites sportpädagogisches Angebot für Kinder und Jugendliche schafft. Speziell geschulte ehrenamtliche Trainerinnen und Trainer sollen verschiedene Mannschafts- und Individualsportarten sowie Freizeitaktivitäten anbieten. Am 18. März 2021 fand eine virtuelle Kick-off-Veranstaltung statt, bei der BAMF-Präsident Dr. Hans-Eckhard Sommer, BAMF-Vizepräsidentin Andrea Schumacher, der Vizepräsident des Deutschen Olympischen Sportbundes Andreas Silbersack, der Präsident des griechischen Nationalen Olympischen Komitees Spyros Kapralos sowie die Oberbürgermeister der Städte Nürnberg und Kavala das Projekt eröffneten. Kavala, eine Partnerstadt Nürnbergs, konnte als erster Projektpartner gewonnen werden, weitere Gemeinden, nach Mög-

lichkeit auch auf den griechischen Inseln, sollen als Standorte folgen.

Als Verlängerung der östlichen Mittelmeerroute stellte der Weg aus Griechenland über den Westbalkan zusammen mit der zentralen Mittelmeerroute über Italien die Hauptzugangsroute nach Zentraleuropa im Jahr 2015 dar und steht auch weiterhin im Fokus der internationalen Bemühungen des BAMF. Auch hier wird der Ansatz verfolgt, Synergien mit anderen Staaten zu ermöglichen. Daher beteiligen sich das Bundesinnenministerium und das BAMF an der Joint Coordination Platform (JCP). Hierbei handelt es sich um eine im österreichischen Innenministerium verortete Plattform, die sich auf Migration auf der ostmediterranen Route (Griechenland, Westbalkan, Österreich) fokussiert. Vertreten sind weitere europäische Staaten, aber auch eine Vielzahl anderer Organisationen wie UNHCR, IOM (International Organisation for Migration) und EASO. Themenschwerpunkte der JCP sind Grenzmanagement, Asyl, Rückkehr und der Kampf gegen Menschenhandel und -schmuggel, deren Bearbeitung strukturell auf drei Säulen ruht:

- Erstellung einer Bestandsaufnahme mit darauf aufbauender Bedarfsanalyse,
- Erarbeitung und Koordinierung von Maßnahmen sowie
- Beratung zur Finanzierung der Maßnahmen auch unter Inanspruchnahme verschiedener Fonds.

Ergänzend zu den bereits auf dem Westbalkan in Albanien und der Republik Kosovo stationierten Verbindungsbeamten wurde ein weiterer Kollege als Verbindungsbeamter nach Österreich entsandt und ist dort auch als festes Mitglied der JCP tätig. So können aktuell zum Beispiel die seitens des BAMF erarbeiteten Vorschläge für Unterstützungsmaßnahmen für Bosnien und Herzegowina sowie Serbien bekannt gemacht und mit unseren europäischen Partnern koordiniert werden.

Dieser Ausschnitt von Maßnahmen, die an mehreren Etappen verschiedener Migrationsrouten ansetzen, verdeutlicht die Wichtigkeit einer Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik, welche in ihrer externen Dimension auch die Lage außerhalb der Europäischen Union in den Blick nimmt. Durch konkrete Maßnahmen in Herkunfts-, Transit- und Aufnahmeländern ist das BAMF bestrebt, zeitnah im Hinblick auf die Herausforderungen, welche sich aus Migration und Flucht ergeben, zu reagieren. Nur durch gemeinsames Handeln können Lebensbedingungen verbessert und irreguläre Migration gesteuert und geordnet werden.

Timo Kaeßner, 91D und Abteilung 9

70 Jahre UNHCR und GFK

In der gesamten Menschheitsgeschichte führten Gewalt, Verfolgung und bewaffnete Konflikte weltweit zu Flucht und Vertreibung. Auch in Europa wurden vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg Millionen von Menschen entwurzelt, an den Grenzen abgewiesen und von anderen Staaten nicht freiwillig aufgenommen, obwohl die ihnen drohenden Gefahren bekannt waren. Als Antwort darauf wurde am 28. Juli 1951 das „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention, GFK)“ verabschiedet und zur Unterzeichnung aufgelegt, welches das Fundament des internationalen Flüchtlingsrechts und -schutzes bildet. Da die GFK ursprünglich nur auf den Schutz europäischer Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg vor dem 1. Januar 1951 beschränkt war, sich aber weltweit immer wieder neue Flüchtlingskrisen und Konfliktherde abzeichneten, wurde der Wirkungsbereich der GFK mit dem Zusatzprotokoll von 1967 zeitlich und räumlich erweitert. Seither haben 149 von 193 UN-Mitgliedstaaten die GFK und/oder das Protokoll ratifiziert.

Kernbestimmungen der GFK sind:

- die genaue Definition des Begriffes „Flüchtling“,
- die Festlegung eines Mindestniveaus hinsichtlich der Rechtsstellung von Flüchtlingen und Standards im Umgang, das „Refoulement-Verbot“ sowie
- die möglichst günstige Behandlung beim Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Wohlfahrt im Aufnahmeland.²²

UNHCR

Hüter der GFK ist der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), der bereits ein Jahr vor der Unterzeichnung der GFK durch die Verabschiedung der Resolution 428 (V) mit der Aufgabe betraut wurde, sich für den internationalen Schutz von Flüchtlingen einzusetzen und gemeinsam mit den Regierungen und Privatorganisationen dauerhafte Lösungen des Flüchtlingsproblems zu schaffen. Der UNHCR überwacht die Einhaltung der GFK und unterstützt die Vertragsstaaten bei deren Umsetzung. Im Laufe der Jahre hat sich das Mandat des UNHCR erweitert und weiterentwickelt. Heute hat der UNHCR ein Mandat für Asylsuchende, Flüchtlinge, Staatenlose sowie rückkehrende Flüchtlinge. Bei Personen, die unter sein Mandat fallen, setzt sich der UNHCR für internationalen Rechtsschutz und dauerhafte Lösungen ein, wie Integration im Aufnahmeland oder die Umsiedlung in ein anderes Aufnahmeland sowie die freiwillige Rückkehr. Dabei arbeitet die Organisation mit Regierungen, lokalen Behörden, anderen UN-Organisationen, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor zusammen.

²² UNHCR (27.03.17): Genfer Flüchtlingskonvention und New Yorker Protokoll, <https://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/Genfer-Fluechtlingskonvention-und-New-Yorker-Protokoll.pdf> (Abruf am 30.06.21)

Insgesamt ist der UNHCR mit 18.015 Mitarbeitenden in 135 Ländern vertreten, wobei sich der Hauptsitz in Genf befindet.

Das Aufgabenspektrum ist sehr vielfältig und stark abhängig von den Gegebenheiten und Bedürfnissen der Länder. So arbeiten die UNHCR-Mitarbeitenden in vielen Regionen daran, sicherzustellen, dass vertriebene Menschen Zugang zu grundlegenden Leistungen wie Bildung und Gesundheitsversorgung haben. Sie schaffen ein Umfeld für Schulen, verbessern die Sicherheit in den Flüchtlingscamps und installieren Beleuchtungen an öffentlichen Plätzen, um die Risiken sexueller und geschlechtsbezogener Gewalt zu verringern. In Grenzgebieten zu Krisenregionen, wie Pakistan, Irak, Jemen, Libanon und Myanmar, fängt der UNHCR Vertriebene mit Nothilfeinsätzen auf. In den Ländern, die die GFK nicht unterzeichnet und/oder kein eigenes Asylsystem haben, führt er Mandatsanerkennungsverfahren durch, die die Grundlage für Resettlement-Verfahren bilden. In den hochentwickelten Industrieländern setzt sich der UNHCR für die Verbesserung der nationalen Systeme des Flüchtlingsschutzes ein, zum Beispiel für fairere und effizientere Asylverfahren. In Europa beinhaltet das auch die kritische Begleitung und Kommentierung der Entwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Aktueller Brennpunkt ist die Schaffung sicherer Fluchtwege über das Mittelmeer, um Todesfälle unter den Geflüchteten zu verhindern.

UNHCR in Deutschland

In Deutschland ist der UNHCR mit einem Hauptbüro in Berlin und einer Zweigstelle in Nürnberg beim Bundesamt präsent. Der Aufgabenschwerpunkt liegt hier darin, die Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention zu beobachten und auf der Grundlage der Analyse von rechtlichen und praktischen Rahmenbedingungen des Flüchtlingsschutzes Verbesserungsvorschläge zu machen – sowohl im Hinblick auf die Aufnahmebedingungen und Asylverfahren als auch auf die Rechtstellung anerkannter Flüchtlinge. In Form von Stellungnahmen und Teilnahmen an parlamentarischen Anhörungen und Ausschusssitzungen, aber auch durch persönliche Gespräche mit Abgeordneten und der Arbeits- und Leitungsebene von Bundesministerien und -behörden, versucht der UNHCR Prozesse und Politik so zu beeinflussen, dass Menschen unter seinem Mandat besser geschützt sind.

In der Zentrale des Bundesamtes in Nürnberg hat der UNHCR seit 1953 ein Verbindungsbüro, um die Arbeit des Bundesamtes aus der Perspektive des internationalen Flüchtlingsrechts zu begleiten. In regelmäßigen Austauschen informiert das Bundesamt über die Entscheidungspraxis in Deutschland und der UNHCR wiederum unterstützt das Bundesamt mit seiner internationalen Expertise. Schwerpunkte sind die kontinuierliche Verbesserung der Qualität der Asylverfahren, die Bereitstellung von Herkunftsländerinformationen, die Erarbeitung effizienter Lösungsvorschläge bei

neuen praktischen oder rechtlichen Problemstellungen sowie die Förderung und Durchführung der humanitären Aufnahme und Resettlement. Seit Kurzem erörtern der UNHCR und das Bundesamt darüber hinaus Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf internationaler Ebene, wie beispielsweise die Unterstützung von Asylbehörden in Nicht-EU-Ländern bei der Einrichtung und Verbesserung ihrer Asylsysteme. Der UNHCR ist zudem bei verschiedenen Veranstaltungen und in Foren des Bundesamtes, wie dem Expertenforum, der Fachtagung Asyl in der Praxis oder den Nürnberger Tagen für Migration, vertreten. In Form einer bilateralen Rahmenvereinbarung mit dem Ziel der bestmöglichen praktischen Umsetzung der GFK wurde die langjährige Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt und dem UNHCR im Jahr 2019 schließlich formal festgehalten.

Die Arbeit des UNHCR wird hauptsächlich durch freiwillige Beiträge von Regierungen, zwischenstaatlichen Akteuren, dem UN-Nothilfefonds CERF, aber auch von Stiftungen und Privatpersonen finanziert. Mit einer Unterstützung von über 447 Millionen US-Dollar im vergangenen Jahr war Deutschland der drittgrößte Geldgeber.

GFK heute

Die Bedeutung der GFK ist mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen ungebrochen: Ende 2020 waren weltweit rund 82 Millionen Menschen auf der Flucht, darunter rund 21 Millionen Flüchtlinge unter UNHCR-Mandat sowie rund 4 Millionen Asylsuchende.²³

Die derzeitigen weltweiten Krisenherde, wie Syrien, Afghanistan, Venezuela oder die Palästinensischen Autonomiegebiete, machen die GFK und die Arbeit des UNHCR weiterhin unentbehrlich. Auch kommt dem Refoulement-Verbot (Art. 33 GFK) nach wie vor eine sehr hohe Bedeutung zu. Allerdings sind auch neue Herausforderungen hinzugekommen. Es müssen Lösungen für Menschen gefunden werden, die ihr Heimatland aus umweltbedingten Gründen (Überschwemmungen, Austrocknung) verlassen. Nicht zuletzt stellt auch die COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit und Hygiene sowie Wasser- und Sanitätsversorgung den UNHCR aktuell vor eine große Herausforderung, der es noch in den kommenden Jahren und insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent zu begegnen gilt.

Weitergehende Informationen zu 70 Jahre UNHCR und GFK finden Sie auf der Homepage des UNHCR unter <https://www.unhcr.org/dach/de/ueber-uns/unhcr70> sowie des Bundesamtes unter <https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2021/Fokus-70JahreGFK/210726-am-70-jahre-gfk.html>

Anke Eckardt, Gruppe 62

²³ UNHCR (2021): Zahlen im Überblick, <https://www.unhcr.org/dach/de/ueber-uns/zahlen-im-ueberblick> Abruf am 30.06.21

VGH München / Afghanistan: Situation von Rückkehrern insbesondere auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hatte im Rahmen eines Berufungsverfahrens zu klären, ob jungen, alleinstehenden Männern bei einer Abschiebung nach Afghanistan die tatsächliche Gefahr einer Artikel 3 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) widersprechenden Behandlung droht.

In seinem Urteil vom 07. Juni 2021 (13a B 21.30342) ist der 13. Senat des Verwaltungsgerichtshofs zu der Entscheidung gelangt, dass auch ein junger, erwachsener, gesunder und alleinstehender afghanischer Staatsangehöriger, der weder über erhebliches Vermögen oder finanzielle Unterstützung aus dem Ausland noch über ein fortbestehendes familiäres oder sonstiges soziales Netzwerk im Herkunftsland verfügt, im Falle seiner Rückkehr nach Afghanistan aufgrund der dort herrschenden humanitären Verhältnisse nicht in die tatsächliche Gefahr einer Artikel 3 EMRK widersprechenden Behandlung gerät. Dies gilt auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie. Auf einen vorherigen Aufenthalt im Heimatland kommt es nicht an; ausreichend ist vielmehr, dass eine Verständigung in einer der Landessprachen möglich ist.

Die humanitäre Lage in Afghanistan hat sich seit Ende letzten Jahres nicht verschlechtert, im Gegenteil ist wohl eher eine minimale Verbesserung eingetreten. Die Lebensmittelpreise sind in der ersten Jahreshälfte 2020 zwar deutlich gestiegen, scheinen aber seit April 2020 nach der Verteilung von Weizen aus strategischen Getreidereserven, der Durchsetzung von Anti-Preismanipulationsregelungen und der Wiedereröffnung der Grenzen für Nahrungsmittelimporte nachgelassen zu haben. Mit Stand März 2021 haben sich die Lebensmittelpreise auf einem etwas höheren Niveau stabilisiert. Lebensgrundlage für rund 80 Prozent der Bevölkerung ist die Landwirtschaft. Günstige Wetterbedingungen während der Aussaat 2020 lassen eine Erholung der Weizenproduktion von der Dürre 2018 erwarten. COVID-19 bedingte Sperrmaßnahmen haben mangels Durchsetzung in ländlichen Gebieten bisher nur begrenzte Auswirkungen auf die landwirtschaftliche Produktion.

Insgesamt werden in den kommenden Monaten zwar keine signifikanten zusätzlichen negativen Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit erwartet, aber die anhaltenden Folgen der COVID-19-Pandemie sind immer noch sichtbar. Die Weizenpreise sind nach einem Höchststand im Mai 2020 seit November 2020 stabil geblieben. Im Januar 2021 waren sie zwar noch

12 Prozent höher als im Vorjahr, doch wird ab Juli 2021 mit Eintreffen der neuen Ernte ein Preisrückgang erwartet. Für andere Basisgüter gilt Ähnliches.

Stabilisierend wirkten staatliche COVID-19-Programme mit Verteilung von Paketen an betroffene Haushalte und humanitäre Nothilfe. Auch wenn derzeit noch eine hohe Ernährungsunsicherheit besteht, gibt es mittlerweile einen rückläufigen Trend. Allgemein wird, insbesondere auch aufgrund des signifikanten Anstiegs humanitärer Hilfe, eine etwas verbesserte Lage mit einer Erholung der Wirtschaft und besseren Arbeitsmöglichkeiten erwartet.

Schon deshalb, weil mithin keine Verschlechterung der humanitären Situation, sondern eher ein Positivtrend zu verzeichnen ist, bleibt für volljährige, alleinstehende und arbeitsfähige Männer eine Rückkehr nach Afghanistan weiterhin zumutbar.

Bei jungen und gesunden Männern besteht auch kein Abschiebungshindernis nach § 60 Absatz 7 Aufenthaltsgesetz aufgrund der Corona-Pandemie. Die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs bestätigt die Entscheidungspraxis des Bundesamtes.

Alicia Chapoupis, 61E

Blick zum Nachbarn: Litauen / Möglicher EASO-Einsatz

Das baltische Litauen im Nordosten der Europäischen Union (EU) steht normalerweise nicht im Fokus von Migrationsströmen und weist im Vergleich zu anderen EU-Staaten geringe Asylantragszahlen auf. Im Jahr 2020 stellten lediglich 321 Personen einen Asylerstantrag.²⁴ Laut der aktuellen Statistik haben im Zeitraum Januar bis einschließlich Mai 2021 bereits 325 Personen einen Asylantrag gestellt.²⁵ Dies lag insbesondere an Antragstellenden aus Weißrussland die aufgrund der politischen Unruhen und den andauernden Repressionen zunehmend das Land verlassen. Auffällig ist zudem der sprunghafte Anstieg von irakischen Asylsuchenden.

Ende Juni erörterte der stellvertretende litauische Innenminister, Arnoldas Abramavičius, in einer Videokonferenz mit Vertretern des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) die Situation an der

²⁴ Vgl. DUOMENYS APIE PRAŠYMUS SUTEIKTI PRIEGLOBSTĮ IR PRIIMTUS SPRENDIMUS 2020 METINĖ, in: <https://migracija.lrv.lt/uploads/migracija/documents/files/Statistika/Prieglobstis/Statistika%202016-2018/2020/2020%20METIN%C4%96.pdf> (Abruf am 14.07.2021)

²⁵ Vgl. Migracijos departamentas prie Lietuvos Respublikos vidaus reikalų ministerijos, in: <https://migracija.lrv.lt/lt/statistika/prieglobscio-skyriaus-statistika/statistika-1/2021-metui> (Abruf am 14.07.2021)

litauisch-weißrussischen Grenze und eine mögliche Unterstützung EASOs für Litauen. Zwar sei das Land derzeit in der Lage geeignete Asylverfahren und Aufnahmebedingungen für Asylbewerber zu garantieren, man wolle sich jedoch auf alle möglichen Szenarien vorbereiten, um gegebenenfalls rasch auf Änderungen reagieren zu können. Laut Vertretern des litauischen Migrationsamts und des Landesgrenzschutzdienstes mangelt es vor allem an Dolmetschenden für bestimmte Sprachen sowie Mitarbeitenden für das Asylverfahren. Eine mögliche Unterstützung EASOs bei der Bereitstellung von Fernübersetzungsdiensten und der Organisation von Fernschulungen des Personals wird derzeit evaluiert.²⁶

In den letzten Wochen häuften sich Meldungen, wonach Weißrussland gezielt irakische Migrantinnen und Migranten über die litauische Grenze schleust. Laut offiziellen Angaben aus Litauen wurden bereits in diesem Jahr mehr als 2.000 Menschen aufgegriffen, die die Grenze illegal überquerten.²⁷ Auch weißrussische Medien berichten, dass die Migrationsströme staatlich organisiert sind. Seit dem 10. Mai 2021 gibt es statt zwei nun vier direkte Flugverbindungen aus Bagdad nach Minsk. Angeblich können Personen über den staatlichen Tourismusanbieter „Centrurort“ Flugtickets direkt in die weißrussische Hauptstadt erwerben – samt entsprechendem Visum. Am Flughafen sollen die Personen abgeholt und zunächst in Hotels untergebracht, um anschließend an die weißrussisch-litauische Grenze gefahren zu werden. Von 6.000 bis zu 15.000€ soll dieses Gesamtpaket kosten. Belsat zufolge finden die Schleusungen auf direkte Anweisung des weißrussischen Machthabers Alexander Lukaschenko statt. Dieser befindet sich nach den EU-Sanktionen und der zunehmenden Isolation seines Landes offenbar in einer Situation, in der er versucht Druck auf die EU auszuüben.²⁸ Auch litauische Journalistinnen und Journalisten, die ankommende Iraker interviewten und deren Fluchtweg nachzeichneten, konnten diese Berichte bestätigen.²⁹

Andreas Emcev, 62E

²⁶ Vgl. Lietuvos Respublikos vidaus reikalų ministerija, in: <https://vrm.lrv.lt/lt/nauijenos/su-europos-prieglobscio-paramos-biuru-aptarta-lietuvi-reika-linga-parama-del-didejanciu-migracijos-srautu#msdyntrid=n6UnO7Typoe-vd6AWpn1vzAn09mKuka4l0BCj9Egh9b4> (Abruf am 14.07.2021)

²⁷ Vgl. Zeit Online: Frontex will EU-Außengrenze in Litauen stärker absichern, in: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-07/litauen-belarus-fron-tex-eu-grenze-migration-krise-grenzschutz> (Abruf: 20.07.2021)

²⁸ Vgl. Belsat, Операция «Шлюз» – как клан Лукашенко зарабатывает на мигрантах, in: <https://belsat.eu/ru/programs/07-07-2021-operatsiya-shlyuz-kak-klan-lukashenko-zarabatyvaet-na-migrantah/> (Abruf am 14.07.2021)

²⁹ Vgl. Lietuvos nacionalinis radijas ir televizija, Из Курдистана в Европу за 15 тысяч долларов. Как устроен поток беженцев через Беларусь в Литву, in: <https://www.lrt.lt/ru/novosti/17/1450460/iz-kurdistana-v-evropu-za-15-ty-siach-dollarov-kak-ustroen-potok-bezhentsev-cherez-belarus-v-litvu> (Abruf am 14.07.2021)

Neuerwerbungen der Bibliothek

Freutsmiedl, Georg: Strafbarkeit nach § 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG wegen Erschleichens von Aufenthaltstiteln durch Falschangaben im Asylverfahren in der Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach § 25 AsylG : zugleich Anmerkung zum Urteil des Bayerischen Obersten Landesgerichts (Bay-ObLG) vom 19.02.2020 - 207 StRR 2415/19. In: NSZ : Neue Zeitschrift für Strafrecht. - (2021), Heft 2, Seite 65-128

Glouftios, Georgios; Scheel, Stephan: An inquiry into the digitisation of border and migration management: Performativity, contestation and heterogeneous engineering. In: Third world quarterly : journal of emerging areas. - 42 (2021), Heft 1, Seite 123-140

Goebel, Simon: Einmischen! Aber wie? : Migrationsforschung zwischen Wissenschaftskommunikation, kritischer Politikbegleitung und Politikberatung / Simon Goebel. - In: Zeitschrift für Migrationsforschung : Stand, Herausforderungen und Perspektiven der Migrationsforschung. - (2021), Heft 2, Seite 165-182

Gökalp-Aras, N. Ela: The European Union's externalisation policy in the field of migration and asylum : Turkey as a case study. - 2021. - 1 Online-Ressource (44 Seiten).

Heusch, Andreas u.a.: Asylrecht in der Praxis. - 2. Auflage. - München : C.H. Beck, 2021. - 1 Online-Ressource. - ISBN 978-3-406-71959-2

Hruschka, Constantin: Asylfolgeantrag wegen neuer EuGH-Entscheidung : das EuGH-Urteil „EZ“ zu syrischen Wehrdienstverweigerern ist ein Wiederaufgreifungsgrund. In: Asylmagazin : Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2021), Heft 5, Seite 148-151

Huynh, Jennifer: La Charla: documenting the experience of unaccompanied minors in immigration court. In: Journal of ethnic and migration studies. - 47 (2021), Heft 3/4, Seite 616-630

Merritt, Giles: People power : why we need more migrants / Giles Merritt. - [First edition]. - London ; New York ; Oxford ; New Delhi ; Sydney : I.B. Tauris, 2021. - xii, 234 Seiten. - ISBN 978-0-7556-0654-2

Rechtsmissbräuchliche Verlängerung der Aufenthaltssdauer bei längerer Nichtbekanntgabe des Aufenthaltsortes. In: Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsrecht : aktueller Rechtsprechungs- und Informationsdienst. - (2021), Heft 4, Seite 44-48

Schneider, Gerald: Vertrauen ist gut, Replikation ist besser: Für eine evidenz-basierte Asylpolitik : Replik auf Ursula Gräfin Praschma. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik. - 41 (2021), Heft 1, Seite 10-14

Wollenschläger, Ferdinand (Hrsg.): Europäischer Freizügigkeitsraum : Unionsbürgerschaft und Migrationsrecht. - 1. Auflage. - Baden-Baden : Nomos, 2021. - 1090 Seiten. ISBN 978-3-8487-5772-5

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

07/2021

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis


iStockphoto

Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechstdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [informationsvermittlungsstelle\(at\)bamf.bund.de](mailto:informationsvermittlungsstelle(at)bamf.bund.de) <https://milo.bamf.de> .
Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

